

Der Umbruch ist nicht mehr aufzuhalten

Nachdem Megawati Sukarnoputri gezwungen wurde, den Vorsitz der PDI niederzulegen, ist die Bedeutung der anstehenden Wahlen noch weiter gesunken. Es sei denn, es geschähe noch etwas Außergewöhnliches, wie eine ernsthafte Erkrankung des Präsidenten, ein – wie auch immer gearteter – Massenaufstand oder die Zuspitzung interner Querelen innerhalb der Machtelite. Welche Alternativen bleiben der indonesischen Bevölkerung demnach nun bei den Kandidaten um das Amt des Präsidenten und das des Vizepräsidenten? Fest steht bisher, daß Suharto erneut für das Präsidentenamt kandidiert.

Interessant ist der Vergleich mit den letzten Wahlen im Jahre 1993. Damals verkündeten im Vorfeld eine ganze Reihe von Massenorganisationen ihre feste Bereitschaft, Suharto erneut als Kandidaten zu unterstützen, was von den Medien in großem Umfang aufgenommen und publiziert worden war. Heute dagegen, sechs Monate vor den nächsten allgemeinen Wahlen und 16 Monate vor der nächsten Präsidentenwahl, ist die Situation eine andere. Ein vergleichbarer Entschluß, Suhartos Kandidatur ein weiteres Mal mitzutragen, ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht auszumachen. Die Vorsicht, die das Handeln vieler Massenorganisationen zum heutigen Zeitpunkt bestimmt, ist überraschend. Gutes Beispiel hierfür ist die NU (Nahdlatul Ulama), mit 30 Mio. Mitgliedern die größte islamische Organisation Indonesiens. Nachdem sich die Führung der NU Ende Oktober 1996 mit Präsident Suharto getroffen hatte, gab man lediglich zu Protokoll, daß jener im Falle seiner Wiederwahl mit ihrer Unterstützung rechnen könne. Die um sich greifende Verunsicherung ist zum einen verknüpft mit Suhartos Alter – zum Zeitpunkt der Präsidentschaftswahlen wird der amtierende Präsident immerhin 78 Jahre alt sein. Die Basis seiner Macht, die sich aus der Regierungspartei Golkar, dem Militär und der Bürokratie zusammensetzt, ist instabil, gleichzeitig wird der Ruf des indonesischen Volkes nach Reformen immer lauter. Trotz alledem scheint Suhartos Kandidatur für die nächste Legislaturperiode 1998–2003 sicher. Was bleibt ist das Taugziehen um das Amt des Vizepräsidenten.

Hier ist der Kampf bereits in vollem Gange. An vorderster Front stehen einige ambitionierte Kandidaten wie der Forschungs- und Technologeminister Habibie, der Informationsminister Harmoko, sowie Hartono und Susilo Su-

darman aus den Reihen des Militärs. Ordnet man jene vier der herrschenden Machtclique zu, stellt sich die Frage nach dem Verbleib der Vertreter aus den Reihen der demokratischen Reformgruppen. Deren Situation ist jedoch seit den Vorfällen des 27. Juli zunehmend eine heikle geworden, da es bis heute versäumt wurde, die zuweilen deutlich divergierenden Auffassungen zu einer einheitlichen Gegenfront zusammen zu bringen. Man kann dennoch nicht behaupten, die Demokratiebewegung habe ihre Kraft nun vollends eingebüßt. Einerseits ist es für sie heute aufgrund der Einschränk-



Als Vizepräsidentschaftskandidaten gehandelt: Susilo Sudarman (l.) und Minister Harmoko aus: FK v. 17.7.95, S. 101

kungen noch schwerer geworden, frei zu agieren. Auf der anderen Seite haben jedoch einige potentielle Vizepräsidenten aus den Reihen der herrschenden Clique, Verbindungen zu bestimmten Wortführern der Demokratiebewegung geknüpft. So suchte zum Beispiel Minister Habibie das Gespräch mit Buyung Nasution, einem bekannten Streiter der Menschenrechtsbewegung. Der bereits erwähnte Hartono seinerseits liebäugelte mit Abdurrahman Wahid, dem Führer der NU; Susilo Sudarman dagegen suchte den Kontakt mit kritischen Ex-Generälen.

Die Schlagkraft der pro-demokratischen Fraktion hängt sehr stark von vier entscheidenden Faktoren ab: Erstens, ob sich eine noch größere Massenbewegung formieren kann; zweitens, ob sich die Machtclique zerschlagen läßt; drittens, ob man internationale Unterstützung mobilisieren kann, und schließlich viertens vom Erfolg der inneren Konsolidierung. Tatsächlich stehen diese vier Faktoren in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zueinander. So wäre – vorausgesetzt ein Machtzerfall der heute herrschenden Elite fände statt – mehr Freiraum für Massenbewegungen und Zusammenschlüsse geschaffen. Falls sich dies erreichen ließe, würden auch die Chancen für den Erhalt internationaler Unterstützung steigen, was sich wiederum positiv auf den angestrebten politischen Umbruch auswirken würde. Das vorherrschende Problem innerhalb der Demokratiebewegung ist ihre ausgesprochene Heterogenität. Die Bandbreite der in Organisationen tätigen Aktivisten reicht von Studenten, Mitgliedern von NGOs, Intellektuellen und Arbeitern bis hin zu Gruppierungen aus Teilen der Bürokratie und des Militärs – Interessengruppen also, die sich nur äußerst schwer unter einen Hut bringen lassen.

Keiner der vier um die Vizepräsidentschaft konkurrierenden Personen will einen grundlegenden politischen Wandel allenfalls eine schnelle politische Reform à la Habibie. Hartono verfolgt eher die politische Linie des Status quo. Was Susilo Sudarman anbetrifft, so tritt er ein für eine Reduzierung der Dominanz jener Konglomerate, deren Existenz sich auf die Beziehungen zum herrschenden Machtapparat gründet. Harmoko hingegen, der selbst kein politisches Programm aufweisen kann, ist offensichtlich ein treu Untergebener Suhartos. Allesamt sind sie Mitglieder der Regierungspartei Golkar. Trotz der gegenseitigen Konkurrenz ist ihre Präsenz in der Öffentlichkeit eher gering. Als z.B. kürzlich bei Golkar einige Ungereimtheiten auftraten, wurden sie schnell und ohne viel Aufhebens erledigt. Was nicht bedeutet, daß der interne Problemlösungsmechanismus Golkars funktioniert. Was die erwähnten Schwierigkeiten anbetrifft, handelte es sich um die Wahlliste der Kandidaten für das zukünftige Parlament, in der z.B. Kosogoro, eine der wichtigen Basisorganisationen Golkars, nur 35 Plätze zugestanden wurde, obwohl sie 100 Personen vorgeschlagen hatte. Ein anderer Fall sind Mitglieder Golkars höheren Alters, die zukünftig wohl keinen Sitz im Parlament mehr bekommen werden, da laut einer neuen Regelung alle Parlamentsangehörige jünger als 65 Jahre sein müssen. Auch in Kreisen des Militärs herrscht Aufregung, da die Anzahl ihrer Sitze ebenfalls verringert werden soll. Damit jedoch nicht genug. So weigerte sich der ehemalige Gouverneur Osttimors, als

Vereinigung für Rechtshilfe und Menschenrechte Indonesien Perhimpunan Bantuan Hukum dan Hak asasi manusia Indonesia (PBHI)

PBHI wurde am 5 November 1996 auf einem Kongreß gegründet, an der die wichtigsten Rechtshilfe-, Menschenrechts- und NRO-AktivistInnen Indonesiens teilnahmen.

Die PBHI wurde aus folgenden Gründen ins Leben gerufen:

1. In der Präambel der indonesischen Verfassung werden die Menschenrechte garantiert. Dort wird festgehalten, daß Indonesien ein Rechtsstaat ist. Um die Prinzipien des Rechtsstaates und der Menschenrechte zu verwirklichen, ist die Unterstützung durch sämtliche Staatsbürger/innen notwendig, als Individuen wie auch als Gruppe oder Organisation.

2. Das Entstehen vieler Nichtregierungsorganisationen in den letzten 20 Jahre zeigt bereits, daß die Forderung des indonesischen Volkes nach Gerechtigkeit, Wohlfahrt und Souveränität sehr stark besteht. Ein sehr großer Teil der Bevölkerung fordert eine nicht vom Militär dominierte Gesellschaft. Die Gründung der PBHI ist eine Antwort auf diese Forderungen des Volkes.

3. Die Existenz vieler NRO heute bedeutet aber auch, daß ihre Arbeit nicht notwendigerweise immer nützlich für die Demokratiebewegung ist: Sie ist häufig sprunghaft oder schwerfällig. Nicht wenige der NRO sind sehr bürokratisch geworden und nicht selten stehen nur noch ihre eigenen Interessen als Organisation im Vordergrund.

Deshalb wurde die PBHI als Vereinigung geschaffen, um oben genannte

Probleme zu bekämpfen. Die PBHI steht zur Verfassung und ist bei ihren Aktivitäten gewaltfrei und überparteilich. Sowohl Individuen als auch Organisationen können Mitglied von PBHI werden.

Ziele von PBHI sind:

1. Die rechtlichen Belange der armen oder rechtsunkundigen Bevölkerung zu vertreten.
2. Ein rechtstaatliches Regierungs- und Staatssystem zu verwirklichen.
3. Ein demokratisches politisches System schaffen.
4. Ein Rechtssystem zu verwirklichen, daß umfassend die Menschenrechte berücksichtigt.

Die Organisationsstruktur von PBHI sieht folgendermaßen aus:

1. Ein Nationalrat, der von dem Kongreß gewählt wird.

Vorsitzender: Luhut MP Pangaribuan,
Sekretär: Mulyana W. Kusumah
Mitglieder: Permadi, Wiyanto Prihantono, Benny K. Harman, Bonar Tigor Naipospos, Aris Merdeka Sirait, Mughtar Lubis, Amartiwi Saleh, Arbi Sanit

2. Ein gewählter Geschäftsführer: Hendarli.

Außerdem werden zur Zeit die Einrichtung mehrerer PBHI-Büros in verschiedenen Gegenden wie z.B. Yogyakarta, West-Java, West-Kalimantan, Süd-Kalimantan, und Süd-Celebes vorbereitet.

Quelle: Pressekonferenz von PBHI, nach Kabar dari Pijar im Internet 10.11.96.

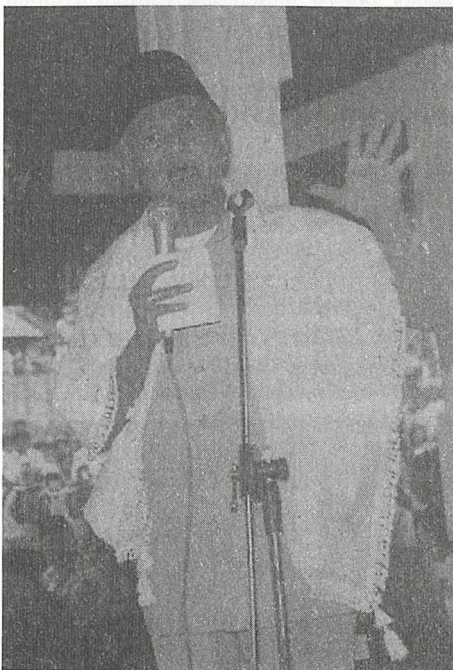
Indem sie die Wirtschaft des Landes dominieren und sich in die Politik einmischen, nützen sie die Amtsbefugnisse ihrer Väter aus und mißbrauchen sie. Die Toleranzgrenze gegenüber Amtsinhabern, die ihre Befugnisse mißbrauchen und überschreiten und deren Äußerungen jeglichen Fundaments entbehren, ist beträchtlich gesunken.

Fakt ist andererseits aber auch, daß die Massenmedien sich inzwischen nicht mehr vollkommen im Griff der Machthaber befinden, so daß die breite Bevölkerung die Möglichkeit hat, Informationen auch aus anderen als den staatlichen Quellen zu erhalten, wie z.B. CNN, ANTV, Radio BBC London, Radio Hilversum Niederlande, dem Internet und aus unabhängigen Zeitschriften, um nur einige zu nennen. Aufgrund dieses neuen Medienzugangs gelangen die diversen Verfehlungen der Politiker, des Militärs und des Machtapparates direkt an die Öffentlichkeit, wie es z.B. im Falle der PDI, der PRD oder Osttimors geschah. Daneben ermöglicht das erweiterte Wissensspektrum, zu dem die Bevölkerung über die Berichterstattung in alternativen Medien Zugang hat, es ihr, via Internet direkt an der Diskussion über das vorherrschende Regierungssystem, über alternative Führungsmodelle und zukünftige politische Konzepte Indonesiens oder über Probleme im aktuellen Tagesgeschehen teilzunehmen, ohne daß der Gedanken- und Informationsaustausch von der Angst vor staatlicher Zensur überschattet wird.

Das Auftreten solch alternativer Medien, deren Präsenz sich außerhalb der Reichweite der Machthaber befindet, wird einen, in den Händen der Bevölkerung liegenden, effizienteren Kontrollmechanismus entstehen lassen, der die Mächtigen kontrolliert. Nach einem Treffen mit Führern der NU Ende Oktober 1996 äußerte Suharto selbst die Auffassung, daß der Wandel nicht mehr aufgehalten werden könne. Das heißt, wer auch immer in Zukunft Ambitionen hat, die Führung in Indonesien zu übernehmen, muß Weisheit und Umsicht besitzen. Es wird nicht mehr möglich sein, nur die eigenen oder die Interessen einer bestimmten Gruppe in den Vordergrund zu stellen. Über kurz oder lang wird es für korrupte Politiker, die Vetternwirtschaft betreiben und bestimmte Unternehmensgruppen begünstigen, keinen Platz mehr geben.

Agus Setiawan

Der Autor ist Mitglied im Vorstand des Trägervereins der Südostasiens Informationsstelle. Übersetzung ins Deutsche von Michaela Müller.



Beim Kandidatenkarussell auch dabei:
Forschungsminister B.J. Habibie

aus: FK v. 22.6.95, S. 97

(legislatives) Golkar-Mitglied zu kandidieren. Jugendliche in West Papua forderten ihrerseits, daß die Vertreter ihrer Provinz im nächsten Parlament auch wirklich aus besagter Region stammen.

Was letztendlich wirklich geschehen wird, darüber muß weiterhin spekuliert werden. Dies gilt auch für die Besetzung des zukünftigen Vizepräsidenten. Klar ist jedoch, daß breite Teile der Bevölkerung nicht an der Personaldiskussion um die beiden höchsten Posten im Lande interessiert sind. Sie wünschten sich nurmehr einen besseren Regierungschef, ein besseres Führungsmodell und ein besseres Regierungssystem. Sie haben genug davon, daß auf allen Ebenen der Regierung und der Bürokratie die Korruption zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. Sie können es nicht mehr ertragen, die Bande zwischen Unternehmern und Machthabern zu sehen, die dem öffentlichen Interesse schaden. Ihre Betroffenheit richtet sich zudem gegen die Kinder der Regierungsmitglieder und in erster Linie gegen jene des Präsidenten.